Inserate
werden angenommen
in Posen bei der **Expedition der Zeitung**, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 872

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 13. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **80 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

4. Sitzung vom 12. Dezember, 12 Uhr.

Ein Antrag Auer auf Einstellung der gegen die sozialdemokratischen Abgg. Vogtherr, Kühn, Stadthagen, Schmidt schwebenden Verfahren wird angenommen.

Die **erste Berathung des Etats** wird fortgesetzt.

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.): Abg. Richter hat gestern seine Freude über den günstigen Etat ausgedrückt, der neue Steuern überflüssig mache. Abg. Richter hat das immer in meisterhafter Weise in seinen Etatsreden gethan, denn Uebung macht den Meister. Seine Etatsreden sind immer nur Variationen desselben Themas. Immer ist die neue Steuer, welche die Regierung fordert, die allerungünstigste, drückendste, ungerechteste. Aber Herr Richter kann auch schwarz malen, wie z. B. bei der Militärvorlage. Aber als die Militärvorlage angenommen war, da war plötzlich die Finanzlage wieder sehr günstig. (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter vergißt, daß der Etat deswegen so günstig ist, weil die Naturalienpreise zum Schaden der Landwirthschaft so gering sind. Neue indirekte Steuern brauchen wir zu Kulturzwecken, auch vielleicht dazu, die Beamten aufzubessern, worauf Abg. Richter so großes Gewicht legte. Die Einzelstaaten wissen z. T. nicht mehr wo aus und ein. Wir in Preußen werden uns bei den steigenden Eisenbahneinnahmen immer helfen können. Aber Waldeck z. B. müßte, wenn es nicht von Preußen subventionirt würde, bei dem jetzigen finanziellen Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten bankerott werden. Der Tabak ist ein sehr geeignetes Steuerobjekt. Eine Modifikation des allgemeinen Wahlrechts ist durchaus nicht unzulässig. Die Sozialdemokraten z. B. verlangen das Frauenwahlrecht, und ich weiß nicht, ob nicht auch manche Freisinnigen sich dafür auch schon engagirt haben. In der „Freisinnigen Zeitung" stand einmal, das geistige Niveau des jetzigen Reichstags sei gegenüber den früheren heruntergegangen. Wenn das wahr ist, so wird es doch wohl auch an dem jetzigen Wahlrecht liegen. Herr Richter hätte besser gethan, nicht von Eidbruch und Verfassungsbruch zu reden, und wenn er vielleicht die Broschüre von Konstantin Rößler meinte, so kann ich versichern, daß keine der bestehenden Parteien mit jenem Herrn im Zusammenhang steht. In der Kolonial- und Marinevorlage hat Abg. Richter dieselbe doktrinäre Stellung eingenommen wie die Fortschrittspartei vor 1866, die damals die mächtige Erhebung Deutschlands nicht mitzumachen verstanden hat und „Preußen den Großmachtskitzel austreiben wollte". Herr Richter lobte den Grafen Caprivi sehr, ich bin in vielen Punkten anderer Meinung, aber nachdem Graf Caprivi gegangen ist, ist auch meine Feindschaft erloschen, während Abg. Richter den Fürsten Bismarck noch heute mit demselben Hasse verfolgt, wie damals, als er im Amte war. Ich bin mit dem Abg. Richter der Meinung, daß, als der Reichskanzler und der Ministerpräsident gingen, das gesammte Ministerium seine Entlassung hätte einreichen müssen; das wäre konstitutionell gewesen und hätte auch im Interesse der Krone gelegen. Mit der Rede des Abg. Richter über die Agrarfrage kann ich sehr zufrieden sein vom Parteistandpunkte aus. Denn je mehr diese Rede im Lande verbreitet wird, desto mehr ist es ausgeschlossen, daß ein Freisinniger in einem ländlichen Wahlkreise gewählt wird. (Beifall rechts.) Die Unkenntniß des Abg. Richter über die Verhältnisse auf dem Lande ist beinahe eben so groß wie die eines Berliner Geheimraths. (Heiterkeit.) Wenn das so fortgeht mit dem Bauernstande, dann sehe ich sehr trübe in die Zukunft des Vaterlandes. (Beifall rechts.) Es geht ja nicht blos der Landwirthschaft schlecht, sondern auch der Industrie, und zwar weil diese den Export nach den Silberländern verloren (Aha! links) hat. Es ist erfreulich, daß der Reichskanzler die Noth der Landwirthschaft anerkannt hat. Allerdings will er sich auf unlösbare Probleme nicht einlassen, aber die Regierung hat ja einen gangbaren Weg: die Währungsfrage. Sie hat dieses Problem als lösbar anerkannt, denn sie hat im vorigen Jahre die Währungsenquete zusammenberufen, die allerdings parteiisch zusammengesetzt war. Deutschland würde sich ein großes Verdienst erwerben um Europa und die ganze Welt, wenn es eine internationale Währungskonferenz zusammenberufen würde. Wir kommen dem Reichskanzler mit großem Vertrauen entgegen, den wir seit langen Jahren kennen als einen Mann von reifer Erfahrung, weitem Blick und mildem versöhnlichen Wesen, und der durch sein bisheriges Leben beweist, daß er das Staatsschiff des deutschen Reiches aus den Klippen, die es bedrohen, hindurchsteuern wird, der durch seine nationale Gesinnung die Bürgschaft giebt, daß er das Staatsschiff auch in Stürmen zu lenken verstehen wird. Wir haben für seine Thätigkeit nur die besten Wünsche und geben ihm die Zusicherung, daß meine politischen Freunde alles daran setzen werden, um alle Schwierigkeiten in dem Parlament und außerhalb desselben aus dem Wege zu räumen. (Beifall rechts.)

Abg. **Rickert** (Freis. Ver.): Um die Nothwendigkeit neuer Steuern zu beweisen, hätte der Vorredner ernster verfahren müssen. Der Finanzautomat wird hoffentlich für immer in der Versenkung verschwinden. Auch der Vorstoß des Finanzministers Miquel im preußischen Landtag gegen den Reichstag ist gescheitert. Die Schätzungen des Schatzsekretärs müssen mit der allergrößten Vorsicht behandelt werden. Wir werden daran festhalten, daß wir keine Steuern bewilligen, die nach unten drücken. Besondere Aufklärung verlangen wir über die Schätzung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Bei normalen Verhältnissen käme es allerdings nicht auf ein paar Millionen mehr oder weniger bei der Schätzung der Einnahmen an, aber wir haben eben keine normalen Verhältnisse. Gegenüber diesem Etat halte ich es für unverantwortlich, wenn für eine große Industrie eine belastende Steuer vorgeschlagen wird, die viele Arbeiter brotlos macht. Betreffs der Maßregeln zum Schutz der Landwirthschaft, die der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, wäre ich begierig, ob der Schatzsekretär schon heute eine Erklärung über die Stellung der Regierung zur Zuckersteuer abgeben kann. Ich kann nicht glauben, daß die Regierung das s. Z. mühsam geschlossene Kompromiß mit dem Reichstag verläßt. Es wäre unerhört, wenn um der 1 Proz. der rübenbauenden Landwirthschaft willen die 10 Mill. M. Prämien bestehen läßt. Man kann doch angesichts der Thatsache, daß die Zuckerfabriken durchschnittlich 10 Prozent Dividende vertheilen, nicht von Nothlage der Landwirthschaft sprechen. (Lachen rechts). Hätten wir eine quotisirte Reichseinkommensteuer, dann könnte man eher ein Mehr an Ausgabe bewilligen. Der Marineetat ist ins Ungeheure gewachsen. Früher warf einmal Herr v. Kardorff den Abgg. Richter und Rickert vor, sie bewilligten zu viel kostspielige Schiffe. Jetzt ist es umgekehrt. Herr v. Bötticher hat jede Aufklärung über den Ministerwechsel abgelehnt. Aber wir werden nichts von unseren Rechten aufgeben, Wir verlangen, die Gründe zu erfahren über den plötzlichen Regierungswechsel. Darüber ist doch kein Zweifel, daß Graf Caprivi dem Ansturm der Agrarier hat weichen müssen. Nach der gestrigen Programmrede des Reichskanzlers wüssen wir erwarten große Mehrforderungen für Kolonien und Marine. Weshalb hätte er sonst mit diesen Dingen die Finanzreform in Verbindung gebracht? Das sticht sehr ab von der ruhigen nüchternen Art, in der sich der Graf Caprivi über Kolonialfragen äußerte. Was heißt das, daß die Gesetzgebung der letzten Jahre die Industrie mehr berücksichtigt habe, als die Landwirthschaft? Mit diesem Satze bin ich so weit einverstanden, daß die Bismarck'sche Zollgesetzgebung allerdings die Landwirthschaft geschädigt hat. Die geschlossenen Handelsverträge muß die Regierung respektiren. Ueber diesen festen Damm kommt die agrarische Agitation nicht hinaus. Das ist das große europäische Verdienst des Grafen Caprivi. Die größten Feinde der Landwirthschaft sind diejenigen, die durch ihre Reden über den Nothstand dauernd den Kredit der Landwirthe untergraben. Es ist nicht richtig, den Agrariern allgemeine Versprechungen zu geben, wie es der Reichskanzler gestern gethan hat. Jedenfalls wird die Regierung nicht dazu übergehen können, unsere bewährte Goldwährung zu verlassen. Ich möchte doch um Auskunft bitten, mit welchen Mitteln die Regierung der Landwirthschaft helfen will? Wir werden dieser Regierung, wie jeder anderen, das bewilligen, was im Interesse des Vaterlandes nothwendig ist. Wir verlangen keinen Dank, wie Herr von Plötz. (Abg. von Plötz: Ach, lassen Sie mich doch in Ruhe. Heiterkeit.) Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Der Antrag des Staatsanwalts, gegen den Abg. Liebknecht vorgehen zu können, beweist das. Seit dem Ministerium Lippe sind derartige Interpretationen der Verfassung nicht versucht worden. Sie verlangen, daß die Rechte der Krone respektirt werden, wir sind bereit dazu. Dann soll aber auch die Regierung vorsichtig sein und sich hüten, auch nur ein Titelchen der Rechte, die im Interesse des Volkes gegeben sind, anzutasten. Schon heute wäre es mir lieb, zu erfahren, ob die Reichs- oder die preußische Regierung hinter dem Antrag des Staatsanwalts gestanden hat? Was nun die Umsturzvorlage betrifft, so sind die Sozialdemokraten mit Strafen nicht zu überwinden. Sozialdemokraten sind zu 80 Jahren 2 Monaten Gefängniß, 36 Jahren 10 Monaten Zuchthaus, mit 20 000 M. Geld bestraft, hat das etwas geholfen? Es giebt nur einen Weg zur Hilfe, eine volksthümliche Reichspolitik, die den Schutz der Armen zum Inhalt hat. Auch Fürst Bismarck hat gesagt, unsere deutsche Zukunft beruhe auf Verfassung und parlamentarischem Leben. Wir treiben diese Politik weiter und nicht die Politik der Polizeimaßregeln und neuen Steuern. (Beifall links.)

Schatzsekretär Graf **v. Posadowsky:** Der Vorredner hat die Programmrede des Reichskanzlers kritisirt und dabei angeknüpft an die Frage des landwirthschaftlichen Nothstandes. Der Reichskanzler hat dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die moderne wirthschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte mehr der Industrie zu Gute gekommen sei als der Landwirthschaft, und ich begreife nicht, wie Abgeordneter Rickert gegenüber klaren Thatsachen daran zweifeln kann. Die Herren von der sozialdemokratischen Partei haben die volkswirthschaftliche Thatsache viel besser erkannt und in Frankfurt a. M. erklärt, es wäre unvorsichtig und unrichtig, ja thöricht, wenn man die schwierige Lage des deutschen Bauernstandes verleugnen wollte. Sie haben das nicht erklärt aus Liebe zum deutschen Bauernstande, sondern aus politischen Rücksichten. Den deutschen Bauer mit seinen nägelbeschlagenen Schuhen können die Sozialdemokraten noch nicht verdauen; der ist ihnen noch zu zäh, (Beifall rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und deshalb hat die Regierung das dringendste Interesse, einen zufriedenen Bauernstand herzustellen. (Lebhafter Beifall rechts.) Gehen Sie doch in die Städte, dort sehen Sie die Massirung der Bevölkerung auf der einen Seite, und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite, auf dem Lande hingegen Rückgang der Bevölkerung und Mangel an Arbeitskräften. (Sehr richtig! rechts.) Während in den Städten Ueberproduktion herrscht, sind wir auf dem Lande bisher nicht im Stande gewesen, das Brotkorn zu bauen, das das deutsche Volk braucht, weil der vaterländische Boden in Folge des Mangels an Arbeitskräften nicht so intensiv bearbeitet werden kann, wie er sollte. (Lebhafter Beifall rechts.) Und werfen Sie doch nur einmal einen Blick in die Einkommensteuerlisten, da finden Sie ein Wachsen der Steuerkraft in den Städten und einen Rückgang auf dem Lande. Es giebt gewisse Personen und Parteien, natürlich außerhalb dieses Hauses (Heiterkeit), die jeden ernstlichen Versuch der Hilfe für die mit den ernstesten Gefahren ringende Landwirthschaft glauben mit einem witzigen Schlagwort abthun zu können. (Unruhe links, Beifall rechts!) Das beweist, daß es volkswirthschaftlich sterilisirte Personen und Parteien giebt, die aus ihren großstädtischen Verhältnissen heraus nicht mehr die frische Empfänglichkeit besitzen, das klar zu erkennen, was im Lande vorgeht. Wenn bei dieser Sachlage die Regierung sich nicht die Frage vorlegen würde, wie wir der Landwirthschaft helfen können innerhalb der vertragsmäßigen, volkswirthschaftlich vernünftigen Grenzen, dann würden wir uns eine arge Vernachlässigung zu Schulden kommen lassen, wenn wir nicht jeden uns zu Gebote stehenden Kahn zur Hilfe der Landwirthschaft flott machten. Wir hoffen, daß alle, welche die Bedeutung des Bauernstandes erkennen, uns dabei die Hand reichen. (Beifall.) Darin, daß wir eine Finanzreform durchführen wollen, liegt doch, daß wir uns selbst eine Grenze setzen für das Maß der Aufgaben. In der Finanzreform liegt doch der Gedanke, daß wir aus dem Absolutismus der Matrikularbeiträge übergehen wollen zu einer finanziellen Konstitution, und dieser Gedanke müßte den Herren von der linken Seite sympathisch sein. (Heiterkeit.) Bezüglich der Zolleinnahmen muß es die linke Seite doch nur loben, daß wir den dreijährigen Durchschnitt angenommen haben. Wenn Abg. Richter gestern getadelt hat, daß wir die Zölle noch zu niedrig veranschlagt haben, so bin ich sehr gespannt, von einem so gründlichen Kenner unseres Etats zu erfahren, wie er sich die Aufstellung der Einnahmen überhaupt denkt. Würde man für die Zolleinnahmen noch kürzere Perioden zu Grunde legen, z. B. nur das letzte Jahr, so könnte es kommen, daß man eine gute Ernte zu Grunde legt, während das Etatsjahr eine schlechte Ernte zeigt, und umgekehrt. Ich bin begierig, welche Vorschläge Abg. Richter in der Kommission in dieser Beziehung machen wird. Der Vorwurf, daß die Stempelsteuer zu niedrig veranlagt sei, weil die Sauregurkenzeit zu Grunde gelegt wurde, ist ungerechtfertigt, denn im September muß doch die Veranschlagung fertig sein, und wir kamen diesmal dem Wunsche der verbündeten Regierungen entgegen, die den Etat schneller fertig gestellt sehen wollten, um ihn im Bundesrath gründlich erörtern zu können. Auch den Vorwurf muß ich zurückweisen, daß die Spannung künstlich erhöht und die Etatsbehandlung eine tendenziöse ist. Gerade die entgegengesetzte Absicht hat vorgewaltet, und es ist gar kein komischer Zufall, wie sich Abg. Richter ausdrückte, daß die Spannung im Etat 33 Millionen beträgt, der Ertrag der Tabaksteuer aber auf 35 Millionen berechnet wird. Wir haben doch nicht die Ausgaben erhöht und die Einnahmen vermindert, sondern im Gegentheil im Kampfe mit den einzelnen Ressorts die Einnahmen erhöht und die Ausgaben vermindert. Bezüglich der Erhöhung des Ordinariums im Interesse der Marine ist zu bemerken, daß die Flotte auf voller Höhe stehen muß, sonst hat sie nur den Werth von altem Eisen. Es bleibt dabei, daß die Militärvorlage und der Einnahmeausfall an Zöllen in Folge der Handelsverträge die Einzelstaaten mit 100 Mill. Mark mehr belastet haben. In der Schätzung der einzelnen Positionen ist der Schatzsekretär an die Angaben der Ressorts gebunden, und solche Schätzungen sind bei der Betriebsverwaltung außerordentlich schwer. Wir haben auch schon oft überschätzt. Sowohl im Hause als in der Presse sind Rechnungen aufgemacht, die sämmtlich nicht beachten, daß an dem Ertrage der Börsensteuer uns noch 7 Mill. fehlen, und es ist ferner übersehen, daß unsere Ausgaben jährlich mehr als die Einnahmen um 4 Proz. steigen. Auch bei der Rechnung des Abg. Richter, daß die uns fehlenden 38 Millionen schon gedeckt seien, ist übersehen, daß die Ausgaben stärker wachsen als die Einnahmen. Abg. Richter ist selbst nicht abgeneigt einer Balancirung der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen. Diese ist aber nur möglich auf fester finanzieller Grundlage. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (dk.): Wenn Abg. Rickert bezüglich des Strafantrags gegen den Abg. Liebknecht geäußert hat, solche Uebergriffe seien seit dem Ministerium Lippe nicht unternommen, so sage ich, daß auch seit Bestehen des Reichstages solche Vorgänge, wie am 6. Dezember hier nicht vorgekommen sind. Am Abgeordneten Richter hat mein Freund Kardorff so viel gethan, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. (Heiterkeit.) Abg. Richter hat sich ein Phantasiebild konstruirt nach einem Artikel der „Kölnischen Zeitung." Diese ist eine Zeitung, wie andere mehr, und wir haben mit ihr schon recht trübe Erfahrungen gemacht. Es ist ein etwas kühnes Unternehmen im Reichstag von einem seiner bedeutendsten Redner, auf Grund einer derartigen Zeitungsnotiz dem preußischen Staatsministerium Staatsstreichgedanken vorzuwerfen. Die Lasten der sozialpolitischen Gesetze treffen die Landwirthe besonders hart. Der Rentier und Schriftsteller Richter hat sehr viel weniger zu geben als der Landwirth Manteuffel und der Industrielle Stumm. Jedenfalls stellt sich meine Bilanz viel ungünstiger als die des Abg. Richter. Gegenüber der Aeußerung des Abg. Richter von der Pränumerandobezahlung der Agrarier für ihr Eintreten für Religion, Sitte und Ordnung müßte ich zur Abwehr ein Wort gebrauchen, das der Präsident nicht ungerügt lassen dürfte. Die Quittung wird er bei der nächsten Wahl erhalten, wo seine Partei auch noch die letzten Mandate verlieren wird. Nun hat man uns mannigfach denunzirt und uns gewerbsmäßige Agitation gegen die Regierung vorgeworfen. Unter dem Eindruck der Denunziation sind dann die von uns auf das allerentschiedenste zurückgewiesenen Vorwürfe vom Bundesrathstisch gefallen, daß wir Bimetallismus und Antisemitismus zu demagogischen Zwecken verbinden. Wir haben lediglich sachliche Opposition gegen die Maßnahmen der Regierung gemacht, die wir für nicht heilsam erkannt haben, weil die bewährten Bahnen der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck verlassen wurden. Wir haben demselben Reichskanzler die Militärvorlage bewilligt unter schweren Opfern gegen unsere Ueberzeugung hinsichtlich des Fallenlassens der dreijährigen Dienstzeit. Wir sind unausgesetzt die Stützen der Regierung gewesen. (Widerspruch links.) Selbstverständlich ist die konservative Partei die natürlichste Stütze der Regierung, und sie wird lieber Schulter an Schulter mit der Regierung kämpfen als gegen die Regierung, die von Ihnen (nach links) unterstützt wird. Alle großen Gesetze im preußischen Abgeordnetenhause sind mit Hilfe der Konservativen zu Stande gekommen. (Rufe nach links: Schulgesetz.) — Ich bedauere lebhaft das Fallenlassen dieses Gesetzes. Man ist heute bei der Regierung weit davon entfernt, die gegen uns gerichteten Vorwürfe zu wiederholen. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine konservative Partei, die nicht gewillt ist, eine selbständige Politik zu verfolgen, und sich dazu hergiebt, gouvernemental zu sein, niemals eine starke und kräftige Stütze der Regierung sein kann. Die Ausführungen des Reichskanzlers haben uns auf das Wohlwollendste berührt. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es uns gelingen wird, mit den verbündeten Regierungen zum Heil des Vaterlandes die Wege zu gehen, die uns insonderheit heute gezeigt worden sind. Wir erwarten die Vorschläge der verbündeten Regierungen gegen die Schäden in der Landwirthschaft. Sollten aber diese Heilmittel uns nicht als genügend erscheinen, so werden wir mit Vorschlägen kommen, die wir für „unerfüllbare Probleme" nicht halten. Diese Vorschläge bewegen sich nicht blos im Rahmen des Antrags des Grafen Kanitz, sondern beziehen sich auch auf die Währung. Ich hoffe, daß die Börsenvorlage uns

baldmöglichst gebracht werde. Wie jämmerlich war das Geschrei über die Börsensteuer, und trotzdem ist der Umsatz an der Börse gestiegen. Redner verlangt anderweitige Kontingentirung der Branntweinproduktion zu Gunsten der kleinen Brennereien, ferner Berücksichtigung der Zuckerindustrie, namentlich in der Hinsicht, daß dem Export nach Amerika nicht Schranken gezogen werden, Erschwerung der Einfuhr fremden Viehs sowie Wiedereinführung der Staffeltarife, da der jetzige Zustand nur dem „Wasserkopfe“ Berlin zu Gute komme. Der Berliner Magistrat hat eine Warnung vor Zuzug fremder Arbeiter erlassen, die hier nicht beschäftigt werden sollen. Das ist nichts anderes als eine verschämte Umgehung des Freizügigkeits-Gesetzes. Wir werden der Regierung zur Seite stehen in dem Kampfe gegen die Umsturzparteien. Aber die wirkliche Zufriedenheit kann nur erreicht werden durch die Hebung des produzirenden Mittelstandes, des Handwerkerstandes und der Landwirthschaft. Das ist die wesentliche Bedingung, um den Umsturzparteien ihre Rekruten zu entziehen. (Beifall rechts.) Auch die religiöse Erziehung der Jugend spielt hier eine Rolle, und deshalb bedauern wir es aufs Tiefste, daß seiner Zeit das Volksschulgesetz nicht zu Stande gekommen ist. Wir haben noch immer die Hoffnung, daß in der gegenwärtigen Legislaturperiode des preußischen Landtags die Möglichkeit geschaffen werde, daß das Volksschulgesetz in einer, wenn auch etwas veränderten Fassung zu Stande kommt. Deshalb waren uns die Ausführungen des Reichskanzlers über das Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Autoritäten besonders sympathisch. Redner geht auf Einzelheiten des Etats ein und spricht dabei die Ansicht aus, daß die Flurbeschädigungen während der Manöver nicht nur von den Uebungen des Militärs, sondern viel mehr von den zahlreichen Zuschauern herrühren. Die Regierung möge hier Liberalität zeigen in der Entschädigung für diese Schäden. Eine möglichst große Zahl von Schießplätzen sei wünschenswerth, da die Uebungen im Gelände häufig sehr störend für die Landwirthe sind. Bezüglich der Prachtbauten namentlich der Postverwaltung stimme er den Ausführungen des Abg. Bachem zu. Mit der Vergrößerung der Marine sei seine Partei einverstanden. Wir haben es aufs tiefste bedauert, daß deutsche Kolonialbeamte in unseren Kolonien mit schlechtem Beispiele vorgegangen sind und es zu Wege gebracht haben, daß der Ausbreitung des Christenthums die größten Schwierigkeiten bereitet worden sind. Wir bitten die Regierung, nur solche Beamte nach den Kolonien zu schicken, von denen man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie einen musterhaften sittlichen und christlichen Lebenswandel führen. Wir wünschen eine Finanzreform, damit nicht das Reich der Kostgänger der Einzelstaaten wird, und wir würden einer Gesetzesvorlage zustimmen, die nicht bloß die Balancirung in den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten, sondern auch noch darüber hinaus Zuschüsse an die Einzelstaaten fordert; denn nur dadurch können wir die Machtstellung Deutschlands entwickeln, und dies ist heute nothwendiger als je. (Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Unser Verhalten in der ersten Sitzung in diesem Saale wurde als beispiellos hingestellt. Nein, nicht ohne Beispiel ist es, daß „Genossen“ sich nicht bei dieser Gelegenheit erhoben haben, aber ohne Beispiel ist es, daß ein Theil des Hauses sich so benommen hat, wie es hier geschah, was um so mehr zu tadeln ist, als für jeden, der Augen hatte zu sehen, es klar war, daß es nur ein Zufall war, wenn einige Genossen damals überhaupt anwesend waren. Es würde aber auch andererseits einen elenden Verzicht auf die Parteiprinzipien bedeuten, wenn wir uns bei einer solchen Gelegenheit erheben würden, ebenso wenig, wie wir es Ihnen (nach rechts) falls Sie dauernd königstreu wären, übel nehmen würden, wenn Sie sich bei einem Hoch auf die Republik nicht erheben. (Ruf rechts: Wir haben aber keine Republik!) Wenn die Regierung alles verwirklicht, was die Rechte will, dann wird die Unzufriedenheit so groß, daß wir nur dabei gewinnen können. In den oberen Regionen sind Vorgänge vorgekommen, die noch keine Aufklärung gefunden haben. Wie das wirkt, weiß jeder, der die auswärtige Presse verfolgt. In anderen Ländern weiß jeder im Volk, was vorgeht. Bei uns erfährt die Volksvertretung nichts von allem, was seit dem letzten Reichstag vorgegangen ist, ob eine Aenderung in der Politik beabsichtigt ist oder nicht. Wir haben lediglich persönliches Regiment, der eine geht, der andere kommt, und angesichts solcher Zustände wollen Sie Deutschland stärken, indem Sie Knebelgesetze machen! Die Thronrede ist eine Thronrede wie alle anderen. Sie enthält auch einen Passus von der Ausgleichung der sozialen Gegensätze. Die Politik der Gegenwart steht aber, wie schon Fürst Bismarck sagte, unter dem Zeichen der Heuchelei. Das ist auch das Charakteristische der Verfassung. In einem Paragraphen werden Freiheiten garantirt, die in dem anderen beseitigt werden. In derselben Thronrede wird die Tabaksteuer angekündigt, die namentlich auf die schwächeren Schultern fällt. Ist das nicht Heuchelei? (Präsident **v. Levetzow**: Sie bezeichnen das, was von allerhöchster Stelle ausgesprochen wird, als Heuchelei. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. Beifall.) Ist das nicht Widerspruch? Können Sie das mit Ihrem Gewissen vereinigen? Ist das christlich? Der heutige Staat beruht auf dem Grundsatz der Ausbeutung der Armen durch den Reichen. Entspricht das der Religion, der Gleichheit? Das ist nach Urtheil aller Philosophen die Quelle aller Unsittlichkeit, und da wollen Sie für Religion, Sitte und Ordnung kämpfen. Im Jahre 1878 war die sozialdemokratische Partei für den Fürsten Bismarck das Versuchsobjekt, weil er einer Auflösung des Reichstags bedurfte. Er, der Karl Marx zum Redakteur des „Staatsanzeigers“ und mich zum Redakteur der „Norddeutschen“ machen wollte (Heiterkeit), wußte wohl, daß die Sozialdemokratie das nicht war, wie er sie schilderte. Er benutzte sie als Schreckgespenst, und hinter der rothen Wolke trat die neue Wirthschaftspolitik auf. Genau so ist es heute. Die Umsturzvorlage soll auch den Vorwand bilden, um nach einer Auflösung des Reichstages eine Majorität zu erhalten, die neue Steuern bewilligt. Aber wir brauchen keine neuen Steuern, das hat Abg. Richter klar bewiesen. Man hat behauptet, daß der Sturz Caprivis erfolgt sei, weil er der weiteren Vermehrung des Heeres, der Ausbildung der Bataillone, widerstrebte, und darin scheint etwas Wahres zu liegen, denn wozu sonst die neuen Steuern? Man bringt eine Umsturzvorlage. Warum? Haben wir in Deutschland einen Fürstenmord oder sonst ein anarchistisches Attentat gehabt? Hat die Presse bei uns etwas so Schreckliches verbrochen? Man beruft sich auf Frankreich. Statt zu sagen: ja, das republikanische gottlose Frankreich hat solche Verbrechen aufzuweisen, unser christlich-germanischer Staat ist davon verschont geblieben, beruft man sich hier plötzlich auf Frankreich, von dem man sonst nicht viel wissen will. Eine Gesellschaft, die solcher künstlichen Maßregeln zu ihrer Erhaltung bedarf, ist nicht werth zu existiren; sie ist im Innersten ungesund und muß daran auf alle Fälle zu Grunde gehen. Wir predigen nicht den Mord und Attentate. Ich selbst habe überall, zuletzt noch in Stuttgart, jedes Attentat als verwerfliches Verbrechen und gleichzeitig als Dummheit bezeichnet. Die meisten Attentate, die in Frankreich begangen worden sind, sind nicht von Sozialdemokraten ausgegangen, sondern von Leuten, die im Solde der Polizei gestanden haben. (Lachen rechts.) Lesen Sie doch die Memoiren des früheren Pariser Polizeipräfekten Andrieux! Die beiden letzten Attentäter in Frankreich aber sind Irre gewesen. (Lachen rechts.) In ehrlichem Kampfe kann man uns nicht überwinden, darum greift die Bourgeoisie zu den Mitteln der Ausnahmegesetze. Welches Ende haben solche Staatsmänner genommen, die solche Gesetze gebracht haben? Welches Ende hat Fürst Bismarck genommen? (Lärm rechts. Rufe: Er lebt ja noch!) Die Schlotjunker wollen alle berechtigten Interessen der Arbeiter unterdrücken. Freiherr v. Stumm will sogar die christlich-soziale Bewegung der Bergarbeiter unter die Umsturzvorlage bringen, die Umsturzvorlage ist also eine lex Stumm. Er hat ja auch für sein Eintreten für die Handelsverträge den Preis eines Ausnahmegesetzes verlangt. Er hat öfters das Aufgeben des Sozialistengesetzes elegisch und pathetisch beklagt. (Gelächter rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn es irgend eine Partei giebt, die sich gegen die anarchistischen Attentate und Lehren wendet, so ist es die sozialdemokratische Partei (Lachen rechts.) Anarchismus herrscht gerade in der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer freien Konkurrenz. Es ist charakteristisch für die Gebrechlichkeit unserer heutigen Zustände, daß die Frage Reform oder Revolution sogar von Geheimräthen erwogen wird. Die Kulturaufgaben werden vernachlässigt und dafür der Militarismus verstärkt. Jetzt nimmt er große Schießplätze in Anspruch, die besser zur landwirthschaftlichen Produktion zu verwenden wären. Heute übersteigen unsere Militärausgaben um 181 Millionen diejenigen Frankreichs. Wenn wir die Kolonien ohne Schaden los werden könnten, sollten wirs thun, ja wir könnten noch einige Millionen draufgeben. In enger Beziehung mit unserer Kolonialpolitik steht der Marineetat. Wir halten es für bedenklich, uns jetzt für einen erweiterten Schiffsbau zu entscheiden, wo das Schiffsbausystem in einer beinahe revolutionären Umwandlung begriffen ist. Die letzten Erfahrungen des japanisch-chinesischen Krieges haben gezeigt, daß, je größer die Schiffskolosse sind, desto wehrloser die Mannschaft ist. Das jetzige System des Militarismus zwingt zu den unvernünftigsten Verhältnissen, so das Kulturland Frankreich zu einem Wettkriechen vor dem Despotenstaat Rußland. Als Redner darauf sich in Einzelheiten über den chinesisch-japanischen Krieg und die Friedensvermittlerrolle Amerikas verliert, wird er vom Präsidenten daran erinnert, daß es sich um den deutschen Etat handle. Der Militarismus ist nur der Ausfluß des Kapitalismus, und dieser kann nur beseitigt werden durch die Sozialdemokratie, welche auf wissenschaftlichen Prinzipien beruht. (Lachen rechts.) Der internationale Sozialismus wird Herr werden über den internationalen Anarchismus, den von oben und von unten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Berathung auf Donnerstag vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rpt.), daß er gern die Gelegenheit wahrnehme, eine schamlose Verleumdung, die durch die Presse gegangen sei und ihn mit der Entstehung der Umsturzvorlage in Verbindung bringe, hier zu widerlegen. Leider habe der größere Theil der deutschen Presse, auch der anständigen, es nicht für werth befunden, eine entsprechende Berichtigung aufzunehmen. Es ist vollständig erfunden, daß ich dem Grafen Caprivi als Preis meiner Zustimmung zu den Handelsverträgen die Einbringung eines Ausnahmegesetzes bezeichnet hätte. Ich muß die Bezeichnung der Vorlage mit meinem Namen als unzutreffend zurückweisen. Die Heiterkeit in diesem Hause bei Nennung meines Namens hätte Liebknecht überzeugen müssen, daß ich ein ganz anderes Gesetz gemacht hätte. (Heiterkeit.) Den Artikel im Gewerbeblatt gegen die christlich-sozialen Bergarbeitervereine habe ich wegen der Form gemißbilligt, obwohl ich Gegner der Gewerkvereine bin und den Lizentiaten Weber für einen gefährlichen Agitator halte. Als eine Verleumdung muß ich es zurückweisen, wenn Abg. Liebknecht behauptet, ich hätte von dem Fallen des Sozialistengesetzes im elegischen Ton gesprochen.

Präsident **v. Levetzow** rügt den Ausdruck „Verleumdung“ als parlamentarisch unzulässig.

Abg. **Liebknecht** erklärt, daß die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet habe, sie besitze Beweise dafür, daß Frhr. von Stumm Anstifter des Umsturzgesetzes sei. Daß Frhr. von Stumm die Umsturzvorlage nur als Abschlagszahlung betrachtet, weiß ich sehr wohl. Ich habe ferner nur behauptet, daß Herr von Stumm das Fallen des Sozialistengesetzes theils elegisch, theils pathetisch betrachtet habe.

Abg. Frhr. **v. Stumm**: Ich habe mich selbst gewundert, daß die „Köln. Volkszeitung“, ein anständiges Blatt, die Nachricht nicht widerrufen hat; daß ich jemals im Reichstag im Tone elegisch gewesen bin, wird Niemand von mir behaupten. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Fortsetzung der Etatsberathung.) Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

△ **Berlin**, 12. Dez. [Aus dem Reichstage.] Der zweite Tag der Etatsdebatte im Reichstage brachte außer einer Erwiderung des Grafen Posadowsky zwei konservative Reden, sowie eine Rickertsche und eine Liebknechtsche. Die Palme gebührt Herrn v. Kardorff; dieser freikonservative Heißsporn hat eine vorzügliche Eigenschaft: er kann die allerältesten Sachen in der bekanntesten Form vorbringen und wird doch niemals langweilig. Er ist so erfrischend temperamentvoll, daß man ihn sogar dort erträgt, wo er eigentlich das Recht hätte, für unerträglich gehalten zu werden. Dies gilt z. B. von seinem Steckenpferde, der Doppelwährung. Wenn er anfängt, wird man neugierig, wie er auf den Bimetallismus kommen wird. Aber, daß es eine Kardorffsche Rede geben kann, in der dies Ceterum censeo fehlt, das ist einfach nicht mehr denkbar. Dem freikonservativen Redner soll es für diese unvermeidliche Sünde, von der er nicht lassen kann, übrigens zum Guten angerechnet werden, daß er bei aller Befriedigung über den eingetretenen Umschwung doch findet, die Grundsätze des konstitutionellen Staatsgedankens hätten in der Oktoberkrise besser gewahrt bleiben sollen. Es gefällt ihm nicht, und darin hat er gewiß Recht, daß nicht das gesammte Staatsministerium gleichzeitig mit den Grafen Caprivi und Eulenburg seine Entlassung gegeben hat. Ein anerkennenswerther Freimuth steckt in dieser Auffassung, die wir auch Herrn v. Bötticher, und ihm namentlich, gewünscht hätten. Er würde alsdann gestern nicht die zwar formell unanfechtbaren, sonst aber nur verstimmenden Redewendungen gebraucht haben, in denen er die unbeschränkte Befugniß der Krone zur Ernennung wie zur Entlassung von Ministern gegen den Abg. Richter betonte. Welche Welt von Gegensätzen zwischen den Konservativen und einem Theile der liberalen Seite des Hauses liegt, erweist sich besonders charakteristisch, wenn man die Kardorffsche Rede und die des Abg. Rickert neben einander stellt. Rickert spricht ja nur im Namen einer kleinen Gruppe, und so fehlt bei solchen allgemeinen Rückblicken und programmatischen Forderungen der Resonanzboden, dessen Widerhall einen Redner erst recht anfeuern kann. Aber die Betonung namentlich des europäischen Verdienstes, das sich Graf Caprivi durch seine Handelsvertragspolitik erworben, wird ein Echo über die nächsten Parteikreise dieses impulsiven Sprechers hinaus finden. Die große Frage der Zeit, der Kampf um die Landwirthschaft, beherrschte natürlich die Rede des Abg. Rickert nicht weniger als die der Herren v. Kardorff und v. Manteuffel. Daß ein anderer Wind weht, das konnte man, wenn man es nicht schon wußte, aus der lebhaften Versicherung des Schatzsekretärs Grafen Posadowsky entnehmen, die traurige Lage der Landwirthschaft sei eine offenkundige Thatsache, in den Städten sei Ueberproduktion und fortdauernde Vergrößerung der Einkommensteuer zu konstatiren, auf dem Lande Rückgang überall und Arbeitermangel. Man kann sich denken, wie gut den Konservativen solche Reden vom Bundesrathstisch gefallen. Aber sonderbare Zustände haben wir doch. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn Graf Posadowsky so urtheilt, wie er es thut. Indessen hat derselbe Schatzsekretär unter dem Grafen Caprivi seines Amtes gewaltet, und wenn wir uns im Augenblick auch nicht entsinnen können daß er da jemals den landwirthschaftlichen „Nothstand“ bestritten habe, so hat er seine Amtsführung jedenfalls in Einklang mit einer Politik gebracht, die diesen Nothstand in dem behaupteten Maße nicht anerkennen konnte. Was bei uns aus Ministern und Staatssekretären werden kann, wenn sie unter einem anderen System Oberwind bekommen, das weiß man niemals vorher, und das Beispiel des Grafen Posadowsky mahnt wiederum zur vorsichtigen Zurückhaltung. Mit Herrn v. Manteuffel werden seine konservativen Freunde zweifellos ausnehmend zufrieden sein. Seine Rede hat in der That ihre Verdienste. Deutlicher als er kann man nicht sagen, wessen das konservative Herz voll ist, und ein unendlich langer Wunschzettel wurde mit jenem kräftigen Nachdruck überreicht, mit dem die Herren von der Rechten zu wünschen gewohnt sind. Dreist und gottesfürchtig! Die alte ostelbische Parole ist auch die des Landraths von Krossen. Natürlich werden die Konservativen den Umsturz bekämpfen, aber um ihn ganz aus der Welt zu schaffen, dazu müssen erst die Forderungen der Landwirthschaft befriedigt werden, und die Regierung wird höchst kräftig eingeladen, gefälligst für eine Preissteigerung der landwirthschaftlichen Produkte zu sorgen. Wie sie das machen soll, das überläßt Herr v. Manteuffel zuvorkommender Weise den Männern da oben. Auf den Antrag Kanitz steift er sich gar nicht. Die Geschichte könnte auch anders eingerichtet werden als im Wege eines Getreideeinfuhrmonopols, wenn sie nur überhaupt gemacht würde. Herr v. Manteuffel hat nicht gesagt, daß die Trauben sauer sind. Aber sie sind es. Die Wirthschaftliche Vereinigung, an die die Konservativen den Antrag Kanitz gebracht haben, will von einer Erneuerung dieses Begehrens nichts wissen. Und so wird dies unmögliche Ding sänftiglich eingesargt werden. Herr v. Manteuffel war an manchen Stellen wirklich bezaubernd. Im selben Athemzuge verlangte er auf der einen Seite, die Vereinigten Staaten von Amerika sollten angehalten werden, unserer Zuckerausfuhr keine Hindernisse mehr zu bereiten, und auf der anderen Seite, die Einfuhr fremden Viehes nach Deutschland solle dauernd verboten werden. Er setzt also voraus, daß sich die Regierung zu Washington die Abschneidung eines der Hauptausfuhrartikel ihres Landes gefallen lassen und gleichwohl Repressalien unterlassen werde. Am Schluß kam Herr Liebknecht. Eigentlich sollte es genügen, zu sagen, daß er kam und sprach. Denn es war die uralte sozialdemokratische Schablonenrede, die dieser graue Theoretiker in jedem Jahre hält, und die durch sein sonderbares Gemisch von doktrinärer Trockenheit und Hitze nicht anmüthiger wird. Die Sozialdemokratie wäre wahrhaftig nicht zu fürchten, wenn sie aus lauter Liebknechts bestände. Herr Liebknecht hat wieder einmal erzählt, daß alle bürgerlichen Parteien innere Berührungspunkte mit dem Anarchismus haben, daß nur die Sozialdemokratie mit dem Anarchismus von oben und unten fertig werden könne und was der schönen Dinge mehr sind. Eines ist uns dabei aufgefallen: Diese Anschauungen sind jedem Kenner der sozialdemokratischen Bewegung seit vielen Jahren bestens vertraut; aber im Reichstage giebt es offenbar viele Leute, die jetzt zum ersten Mal davon gehört haben. Und dies sollte nicht sein. Es wäre besser, wenn unsere Herren Volksvertreter nicht glaubten, mit der bloßen Uebertragung eines Mandats an sie seien sie der Pflicht ledig, Bücher und Zeitungen zu lesen. Den ersten Ordnungsruf im neuen Hause bekam Herr Liebknecht und, bemerkenswerther Weise, wegen einer Verletzung des Kaisers. Ueber die Behauptung des sozialdemokratischen Redners, daß er und seine Freunde durch das Kaiserhoch am vorigen Donnerstag überrascht gewesen seien, daß ihr Sitzenbleiben nicht „prämeditirt“ gewesen sei, spricht man lieber nicht. Wir könnten Herrn Liebknecht einen Zeugen gegenüberstellen, den zu entkräften er sich außer Stande fühlen würde. — Der Abg. v. Manteuffel hat heute, staatsmännisch wie er ist, eine tiefe Verbeugung vor dem Centrum gemacht. Den Kampf gegen den Umsturz will er durch Kräftigung der Religion geführt wissen, und die Religion kann man nicht besser kräftigen als — durch das Zedlitzsche Schulgesetz. Also wohlauf zum fröhlichen Jagen! Der konservative Redner war sogar so kühn, die Hoffnung wenigstens vorzugeben, daß das Schulgesetz noch in der jetzigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses wiederkehren könnte. Im Centrum blieb es bei dieser rosigen Zukunftsmalerei ganz still. Die Centrumsherren sind kluge Leute; sie wissen, daß nicht alle Blüthenträume über Nacht reifen werden, und an der verbindlichen Insinuirung der Konservativen liegt ihnen herzlich wenig. Denn der konservativen Hilfe bei einem konfessionell zugespitzten Schulgesetz sind sie ohnehin sicher, und wichtiger wäre ihnen, zu erfahren, ob die Regierung mit dabei sein will. Einstweilen fehlt diese Sicherheit. Aber achtgeben sollte man in allen lieberalen Lagern. Solche Liebenswürdigkeiten, wie sie Fürst Hohenlohe gestern dem Centrum gesagt hat, haben gar keinen Sinn, wenn sie über Worte nicht hinausgedeihen, und welche Thaten das neue System dabei im Auge hat, das ist eben die heikle Frage, die doch vielleicht im Geiste des heutigen Manteuffelschen Appells realisirt werden könnte.

L. C. Daß der Reichstag die Genehmigung zur Verfolgung des Abg. Liebknecht nicht ertheilen wird, stand vom ersten Augenblick an fest; es hat den Anschein, als ob auch die Nationalliberalen gegen die Zulässigkeit des Antrags stimmen würden. Inzwischen haben in engeren Kreisen, wie wir schon andeuteten, unter dem Vorsitz des Präsidenten Besprechungen über eine Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne der Verstärkung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten begonnen. Mit welchem Erfolge, wird sich erst übersehen lassen, wenn bestimmte Vorschläge zur Berathung gestellt sind. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß die Regierung unter der Voraussetzung, daß Zwischenfälle, wie diejenigen vom 6. Dezember in Zukunft eine Sühne innerhalb des Hauses finden werden, von jeder Einmischung in die Geschäfte des Reichstags Abstand nehmen werde. Der Erwartung, daß die Regierung sich damit zufrieden geben werde, tritt die „Kreuz-Ztg.“ entgegen, indem sie schreibt, die Staatsanwaltschaft hat hier das nobile officium, gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten auch ohne Genehmigung des Reichstags, nach Schluß der Sitzungsperiode einzuschreiten.

— Der Antrag auf Strafverfolgung der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen Majestätsbeleidigung wird am Freitag zur Verhandlung kommen.

— Der von der Stadt Görlitz präsentirte Oberbürgermeister Büchtemann daselbst ist als Mitglied des Herrenhauses berufen worden.

W. B. **Frankfurt a. M.**, 12. Dez. Nach einer Meldung der „Frank. Ztg.“ aus Stuttgart wird das Ausschreiben für die Landtagswahlen unmittelbar nach den Feiertagen in dem Regierungsblatte erscheinen. Die Wahlen werden am 30. Tage nach der Ausgabe der Regierungsblätter, frühestens am 26., eventl. am 28. oder 29. Januar vorgenommen werden.

Lokales.

Posen, 13. Dezember.

X. In der gestrigen nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammmlung wurden 24 000 Mark zur Aufbesserung der Lehrergehälter bewilligt.

* **Die Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen** soll nach dem Reichshaushaltsetat für 1895/96 nunmehr auch für die noch nicht hineinbezogenen Beamten stattfinden. Es sind dies besonders höhere Beamte und der gesammte Beamtenkörper der Post- und Telegraphenverwaltung, bei dem über die in früheren Etatsverhandlungen erörterten Schwierigkeiten nunmehr eine Verständigung erzielt ist. Im Wesentlichen hat der preußische Vorgang zur Richtschnur gedient. Beabsichtigt ist auch gegenwärtig nur, das Aufsteigen im Gehalt künftig von dem Eintritt von Stellenerledigungen und von der Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen unabhängig zu machen. Die Beamten sollen ohne Rücksicht auf die jedesmaligen Etatsverhältnisse und ausgeworfenen Etatsfonds in festen Stufen nach jedesmal erreichtem Dienstalter bei befriedigendem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten vorrücken, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf zusteht. Es liegt in der Natur der Sache, daß da nicht beabsichtigt ist, eine dauernde Aenderung in der Höhe der Besoldungsverhältnisse herbeizuführen, einer durch das neue System herbeigeführten Beschleunigung des Aufrückens für die bisher Zurückgebliebenen eine entsprechende Verlangsamung des Aufrückens der schon jetzt besonders günstig Gestellten gegenübersteht. Eine Ausnahme von diesem Ausgleich kommt hauptsächlich für die Postunterbeamten in Frage, insofern nach den Resolutionen des Reichstags vom 6. März 1893 und vom 10. Februar 1894 speziell bei dieser Kategorie, die vielfach ungewöhnlich schnell im Gehalt aufgerückt ist, nicht blos die thatsächlichen erreichten Sätze, was selbstverständlich ist, jedem würden erhalten bleiben, sondern auch in den Aufrückungsaussichten keine Schädigung würde eintreten sollen. Im Allgemeinen ist zur Stufeneintheilung zu bemerken, daß überall, wie auch bei den Vorlagen zu den Etats für 1893/94 und 1894/95, dreijährige Zeiträume in Aussicht genommen sind, während welcher die Beamten auf den einzelnen Gehaltsstufen verbleiben sollen. Das Aufrücken in den einzelnen Stufen ist möglichst gleichmäßig.

e. **Die Loose der Schneidemühler Geld-Lotterie,** deren Ziehung bereits heute den 13. Dezember beginnt, scheinen sich eines recht flotten Absatzes zu erfreuen, was ja allerdings auch zu wünschen ist. Am hiesigen Orte werden sie bereits mit bedeutendem Aufschlag verkauft und verschiedene Personen, denen die Posener Verkaufsstellen als nicht glückbringend genug erscheinen und die sich deshalb nach auswärts an die direkten „Glücksquellen" wandten, erhielten zu ihrer Ueberraschung keine Schneidemühler, sondern ohne jede weitere Bemerkung einfach „Regensburger Loose", deren Ziehung im Januar stattfindet, zugesandt. Mithin muß auch dort der ganze Vorrath vergriffen sein.

z. **Einbruch.** In der vergangenen Nacht ist in dem Restaurationslokale bei Franke, St. Martinstraße eingebrochen worden. Ein Automat und eine Kindersparbüchse wurden erbrochen und der Inhalt von ungefähr je 3 Mark gestohlen; außerdem wurden Kleingeld, Zigarren, Stiefeln u. s. w. gestohlen. Der That dringend verdächtig sind ein stellungsloser Kaufmann aus Görlitz und ein Kellner aus Kähmen, welche sich beide in Posen unangemeldet aufhielten. Beide wurden verhaftet.

z. **Brutalität.** Ein hier in der Schützenstraße wohnhafter Arbeiter hatte sich wiederholt von seiner Familie entfernt und kehrte nur zurück, um von seiner Frau durch Drohungen Geld zu erpressen. Auch gestern forderte er wiederum Geld, welches ihm die Frau aber nicht geben konnte. Darüber gerieth er so in Wuth, daß er seine Frau mit Schlägen traktirte und darauf sein in der Wiege liegendes 10 Monate altes Kind. Die Wangen des Kindes waren, wie ein hinzugerufener Arzt später konstatirte, schwarz mit Blut unterlaufen und es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kind den Verletzungen erliegt. Nachdem der Wüthende noch einige Möbel zertrümmert hatte, entfernte er sich und ist bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt.

i. **Ausgesetzte Belohnung.** Herr Edmund Graefe (Inhaber der Beely'schen Konditorei) hat durch Anschlag an den Plakatsäulen eine Belohnung von 30 Mark für Denjenigen ausgesetzt, der ihm den oder die Thäter nachweist, welche vorgestern der Frau Gräfe und deren Tochter die Mäntel auf dem Sapiehaplatz bezw. der Friedrichstraße zerschnitten haben. Wir haben gestern über diese rohe That bereits berichtet.

l. **Weihnachtsmarkt.** Mit dem Aufstellen der Jahrmarktsbuden auf dem Alten Markte ist gestern begonnen worden.

z. **Aus Jersitz.** Für den heutigen Tag bleibt die Thiergartenstraße wegen der Kanalüberführung gesperrt. — Verhaftet wurden in der vergangenen Nacht zwei Strolche.

Aus der Provinz Posen.

F. **Ostrowo,** 12. Dez. [Selbstmord. Unglücksfall.] Gestern Abend um 6 Uhr ist ein Rekrut der 12. Kompagnie des hier garnisonirenden Füsilier-Bataillons an der Mauer des Kasernenhofes erhängt aufgefunden worden, etwa eine Stunde vorher hatte er sich in der Kantine hierzu einen Strick gekauft. — Gestern gegen Abend stürzte ein Ulan der hiesigen Schwadron so unglücklich von seinem Pferde, daß er bald darauf verstarb.

ch. **Rawitsch,** 12. Dez. [Ein Düngerwagen auf dem Eisenbahngeleise. Straßenraub.] Eine sonderbare Praxis übte vor einigen Tagen ein Bauerngutsbesitzer aus Przitkowitz. Derselbe fuhr Dünger und hatte mit seinem Gefährt das Geleise der Kleinbahn Trachenberg-Prausnitz zu passiren. Als er mit einem vollen Fuder auf das Geleise gekommen war, fuhr er den Wagen fest und die Pferde konnten ihn nicht weiterbringen. Der Besitzer spannte nun die Pferde aus, ging mit denselben nach Hause und ließ den Wagen ruhig auf dem Geleise stehen. Durch einen bald darauf die Stelle passirenden Arbeitszug wurde das Gefährt vollständig zertrümmert. — Vor einigen Tagen wurde ein Handelsmann aus dem benachbarten Dubin auf seiner Geschäftsreise in der Nähe der Stadt Prausnitz von zwei Strolchen angefallen und seiner Geldtasche, die 66 Mark und Legitimationspapiere enthielt, beraubt. Die Ermittelungen nach den beiden Straßenräubern sind bisher leider ohne Erfolg gewesen.

Telegraphische Nachrichten.

Hannover, 12 Dez. Der Kaiser verblieb heute Vormittag im Schlosse. Um 12 Uhr 46 Min. erfolgte die Abreise nach Springe.

Saupark, 12. Dez. Der Kaiser ist heute Mittag 1 Uhr 20 Min. in der Empfangshalle bei Springe eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Erbgroßherzog von Oldenburg, der Fürst von Hohenzollern, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, die Prinzen Christian Victor und Albert von Schleswig-Holstein, der Hausminister v. Wedel, Landwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein, Graf v. Waldersee, General v. Seebeck, Oberpräsident v. Bennigsen, sowie die Herren des Gefolges. Der Kaiser und die Begleitung fuhren direkt zu einem eingestellten Jagen auf Dam- und Schwarzwild am Hallermundskopf. Später findet im Jagdschlosse das Diner statt.

Frankfurt a. M., 12. Dez. Freifrau von Rothschild, Wittwe von Mayer Karl v. Rothschild ist heute gestorben.

Wien, 11. Dez. Im Abgeordnetenhause stellten Pacak und Genossen den Dringlichkeitsantrag, die Regierung möge den Generalprokurator anweisen, die Nichtigkeitsbeschwerde zu Gunsten der Immunität der Reden der Abgeordneten gegenüber dem jüngsten Urtheile des Obergerichts in Prag einzulegen. Der Justizminister erwiderte, er habe dieses zum Theil schon gethan; er halte nicht nur die Reden selbst, sondern auch Auszüge aus den Reden für immun, wenn dieselben ausschließlich das in immunen Körperschaften Gesprochene enthielten. Der Minister wies auf den neuen Strafgesetzentwurf hin, welcher genügenden Schutz für die Immunität gewähre. Die Dringlichkeit wurde hierauf abgelehnt.

Pest, 12. Dez. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Ackerbaubudgets fort. Graf Apponyi erklärte, das Budget abzulehnen, weil er der landwirthschaftlichen Politik sowie der allgemeinen Politik der Regierung kein Vertrauen entgegenbringe. Staatssekretär Miklos widerlegte die Angriffe Apponyis und erklärte die Behauptung, daß die Lage der Landwirthschaft in Ungarn viel ärger sei, als in allen übrigen Staaten, für nicht stichhaltig. Redner verweist in dieser Beziehung auf Amerika und Rußland und weist an der Hand statistischer Daten das Sinken der Getreidepreise auch in den anderen europäischen Staaten nach, was durch die Ueberschwemmung des Weltmarktes mit russischem Getreide verursacht werde. Dies belaste in erster Reihe Ungarn. Die Regierung habe Repressivmaßregeln ergriffen; die Mahlfähigkeit der Mühlen sei gestiegen, die Exportfähigkeit aber sei gesunken, weshalb die Regierung zu Mahlbegünstigungen gegriffen habe, wie solche ähnlich in Deutschland und der Schweiz bestehen. Das Aelföld müsse mit einem vielverzweigten Kanalnetze versehen werden. Die Lösung der sozialen Frage müsse zwischen der Regierung und der Gesellschaft getheilt werden; der Fachunterricht sei berufen, aufklärend zu wirken. — Die Ausführungen Miklos wurden sehr beifällig aufgenommen. Am Schlusse der Sitzung beantwortete Ministerpräsident Dr. Wekerle eine Interpellation Babos wegen Degradirung eines Reserve-Offiziers, der mit einem Trauerband an der Leichenfeier für Kossuth theilgenommen hatte. Der Ministerpräsident erklärte, er beabsichtige keineswegs gegen die militärischen Ehrengerichte, die überall bestehen, Verfügungen zu treffen. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Maßregelung sei nicht wegen der Theilnahme an der Leichenfeier erfolgt, sondern wegen der gravirenden, durch die Untersuchung erwiesenen Nebenumstände. Die Armeeleitung habe nur die Theilnahme an dem Begräbnisse in Uniform verboten, sie habe hierzu Veranlassung und ein zweifelloses Recht gehabt. Thatsächlich hätten viele Abgeordnete, die Reserve-Offiziere sind, an der Leichenfeier unbehelligt theilgenommen. Der Ministerpräsident fügte hinzu, er werde auf die Angelegenheit nochmals zurückkommen. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm auf der äußersten Linken).

Pest, 12. Dez. Wie verlautet, begiebt sich der Handelsminister v. Lukacs in der nächsten Zeit nach Wien. Die Reise steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Verstaatlichung der Südbahn.

Pest, 12. Dez. Der Fürstprimas Kardinal Vaszary hat die Bischofskonferenz auf den 18. Dezember einberufen. Es verlautet, die Konferenz werde sich mit dem gegenwärtigen Stand der Kirchenpolitik beschäftigen.

Rom, 12. Dez. Deputirtenkammer. Im Fortgang der heutigen Sitzung vertheidigt sich Bonacci gegen die persönlich gegen ihn gerichteten Vorwürfe und stellt sich in dieser Beziehung zur Verfügung des Hauses. Crispi fordert die Kammer auf, einen Tag festzusetzen, um die sehr ernste Frage zu berathen. (Sehr gut.) Der Justizminister Calenda weist die Angriffe Bonaccis zurück und vertheidigt das Verhalten der Regieruug. Damit ist der Zwischenfall geschlossen. Es beginnt die Berathung der Adresse zur Beantwortung der Thronrede. Imbriani beklagt, daß die Thronrede nicht der Brüder in Istrien Erwähnung gethan und auch keine Verminderung der Civilliste angekündigt habe. Der Präsident Biancheri bedeutet dem Redner, man könne nicht eine Berathung über die Civilliste verlangen, wenn man jeden Tag sehe, daß sie zur Linderung der Heimsuchung des Landes verwendet werde. (Beifall.) Der Ministerpräsident nennt die Anspielung auf Istrien unangebracht, da die Verträge der Regierung ihr Verhalten vorzeichnen. Es wäre nicht nur inopportun, sondern auch schädlich, müßige Fragen anzuregen. Crispi fügt hinzu, die jüngsten Unglücksfälle hätten wieder einmal einen Beweis von dem Herzen des Königs gegeben. (Beifall.) Nach einer kurzen Rede Barzilais, der ebenfalls auf Istrien anspielt, wird die Adresse angenommen. Damiani erklärt im Namen der Fünferkommission zur Prüfung der Schriftstücke Giolittis, daß die Kommission ihre Arbeiten, die sie energisch fortsetze, noch nicht beendigen konnte, daß sie jedoch baldigst der Kammer Bericht erstatten werde. Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

Petersburg, 12. Dez. Die „Polit. Corresp." erfährt: der Kaiser und die Kaiserin beabsichtigten Anfangs des nächsten Jahres die wichtigsten Provinzen, zunächst Polen und Süd-Rußland, mit längerem Aufenthalte in Warschau, zu besuchen.

Paris, 12. Dezember. Infolge Ablebens des Kammerpräsidenten Burdeau haben sämmtliche Kommissionen und parlamentarischen Gruppen die für heute anberaumten Sitzungen abbestellt. Die Kammer wird morgen zum Zeichen der Trauer die Sitzungen schließen und sie wahrscheinlich erst Montag wieder aufnehmen. Eine Jagd des Präsidenten, die morgen stattfinden sollte, ist aufgeschoben worden; die Diners der Minister sind abbestellt. Die republikanischen Blätter widmen Burdeau sehr sympathische Artikel; er, der Sohn bescheidener Arbeiter, habe durch sein eigenes Verdienst eine so hohe Stufe erklommen.

Paris, 12. Dezember. Der Direktor des Journal „Paris", Canivet, ist heute Nachmittag wegen der Erpressungsangelegenheit verhaftet worden.

Brüssel, 12. Dez. Die Repräsentantenkammer berieth heute über das Heereskontingent. Der Kriegsminister verlangte dieselbe Ziffer wie im vergangenen Jahre und erklärte, die Regierung werde demnächst einen Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee vorlegen. — Der Finanzminister erwiderte auf eine Anfrage, die Regierung werde binnen kurzem einen Gesetzentwurf betreffend die Konversion der 3½prozentigen Schuld in eine 3prozentige einbringen.

London, 12. Dez. Heute Vormittag fand die Vermählung des Prinzen Adolphus von Teck mit Lady Grosvenor, Tochter des Herzogs von Westminster, statt. Der Feierlichkeit wohnten der Herzog und die Herzogin von York, der Herzog von Cambridge und andere hohe Persönlichkeiten bei.

London, 12. Dezember. Der Premierminister von Kanada, Thompson, welcher heute der Sitzung des Geheimen Rathes in Windsor beiwohnte und dabei als Mitglied des Rathes vereidigt wurde, verstarb plötzlich im Schlosse. Die Leiche wurde nach einem Zimmer im Clarence-Tower überführt.

Plymouth, 12. Dez. In der Rede, welche Lord Rosebery heute hier hielt, sprach derselbe über die Oberhausfrage und sagte, die Regierung dächte daran, die gegenwärtigen Beziehungen des Unterhauses zu dem Oberhause wieder in das richtige Verhältniß zu bringen, damit der ausgesprochene Wille des Unterhauses nicht durch das Oberhaus hinfällig gemacht werde. Die Regierung beabsichtige, das Land um das Mandat anzugehen, die Frage der Aufhebung des absoluten Vetorechtes des Oberhauses gegenüber den Wünschen oder der Gesetzgebung des Unterhauses dadurch zu regeln, daß die Regierung im Unterhause eine Resolution zur Annahme bringe, welche ihre Politik darlegen und geltend machen soll. Erst wenn die Regierung dieses Mandat erlangt habe, werde sie das eingeschlagene Verfahren im Unterhause bekannt geben. Er könne jedoch schon jetzt mittheilen, daß die Regierung entschlossen sei, die Verstümmelungsbefugnisse des Oberhauses so zu begrenzen, daß man wenig oder nichts in Zukunft von diesen Befugnissen zu befürchten habe.

Belgrad, 12. Dez. [Prozeß Tschebinatz.] In der heutigen Verhandlung wurde die Vernehmung des ersten Angeklagten Michael Tschebinatz fortgesetzt. Sodann wurden die bei ihm beschlagnahmten Schriftstücke verlesen, durch welche die Ausführungen der Anklageschrift betreffs aller Angeklagten in den Hauptpunkten unterstützt werden. Tschebinatz bekannte sich offen als Gegner der Dynastie Obrenowitsch und Anhänger der Dynastie Karageorgjewitsch, gestand ein, daß er mit den Mitangeklagten, hauptsächlich mit Tauschanowitsch einverstanden gewesen sei, einen Thronwechsel herbeizuführen, und räumt den chiffrirten Briefwechsel mit Peter Karageorgjewitsch, sowie wiederholte Zusammenkünfte mit demselben ein; ebenso hätten wiederholt Zusammenkünfte unter den Mitangeklagten betreffs der geplanten Unternehmung stattgefunden, u. a. auch eine Zusammenkunft am 16. Januar 1894 bei Aza Stangowitsch, dem Leiter der „Odjek"-Druckerei. Aus den Notizbüchern Tschebinatz geht hervor, daß derselbe eine eifrige Thätigkeit zu Gunsten Karageorgjewitsch entfaltet und mit zahlreichen Personen in ganz Serbien Verbindungen unterhielt. Trotz des lebhaften Widerspruchs der Mitangeklagten und deren Vertheidiger hält Tschebinatz alle im Laufe der Untersuchung gemachten belastenden Aussagen aufrecht.

Belgrad, 13. Dez. [Prozeß Tschebinatz.] Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde das Verhör beendet. Diakowitsch stellte jede Theilnahme an den Umtrieben Tschebinatz in Abrede. Die Verhandlung Diakowitsch wird morgen fortgesetzt werden.

Washington, 11. Dez. Präsident Cleveland legte dem Senate ein Schreiben des Staatssekretärs Gresham, betreffend die Vorgänge in Armenien vor. Cleveland richtete auch seinerseits ein Schreiben an den Senat, in welchem er feststellte, daß keine Berichte über Grausamkeiten eingegangen seien außer den von der türkischen Regierung dementirten Zeitungsberichten und den Telegrammen des amerikanischen Gesandten in Konstantinopel, wonach der Großvezir erklärt habe, daß in Armenien ein Aufstand ausgebrochen sei. Cleveland fügte hinzu, nichts rechtfertige eine Intervention der Vereinigten Staaten.

Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 13. Dezember, Morgens.

Die Reichspartei brachte im Reichstag den Antrag wegen Einführung der Handwerkerkammern und Befähigungsnachweises, ferner wegen Einschränkung der Beschäftigung der Strafgefangenen, welche das Handwerk schädigt, ein.

Der Lok.-Anz." meldet aus Hamburg: Die Sozialdemokraten berufen auf den Sonntag sechs Protestversammlungen ein gegen die Tabaksfabrikatsteuer.

Wien, 13. Dez. Die Arbeiter nahmen gestern in zehn Massenversammlungen gegen die Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs über das Koalitionsrecht Stellung. Die Redner griffen die Regierung und die Koalition an und traten für das allgemeine Wahlrecht ein. Ein bemerkenswerther Zwischenfall ereignete sich nicht.

Pest, 13. Dez. In einer Versammlung von Universitätshörern und Delegirten verschiedener Kasinos wurde das Programm für einen wegen zu veranstaltenden Fackelzug festgestellt. Die Redner betonten, die Kundgebung sei lediglich ein Dankesausdruck an den Monarchen. Die Bürgerschaft werde sich nur deshalb nach dem liberalen Klub begeben, um den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle zu bitten, die Gefühle des Dankes an den Stufen des Thrones niederzulegen.

Sassari, 13. Dez. Der Brigadier Paravella und der Gendarm Pisano überraschten bei einem Patrouillengang drei bewaffnete Individuen in schußbereiter Stellung, welche die Aufforderung sich zu ergeben, mit dem Abfeuern ihrer Gewehre erwiderten. Paravello wurde getödtet, Pisano schwer verletzt.

St. John (New-Foundland), 13. Dez. Meldung des Reuter-Bureau. Das Kabinet hat dem Gouverneur seine Demission überreicht, welche von demselben angenommen wurde. Infolge der Zahlungseinstellung der Unionbank, welche die am 1. Januar fälligen Zinsen der New-Foundland-Schuld bezahlen sollte, ist es nothwendig geworden, die Zinsen auf andere Weise zu beschaffen, da sonst die Kolonie verlieren müßte.

Washington, 13. Dez. Der Senat beschloß mit 27 gegen 23 Stimmen die von der Finanzkommission angenommene Zuckervorlage nicht zu berathen. Die betreffende Vorlage, welche von der Kommission als Gesetz für die in der letzten Session des Repräsentantenhauses eingeführten freien Zuckervorlage empfohlen worden, legt allen Zuckersorten einen 40 prozentigen ad valorem Zoll auf und hebt die Differentialzölle zu Gunsten des raffinirten Zuckers auf.

Der japanisch-chinesische Krieg.

London, 13. Dez. Nach einer Meldung der „Times" aus Cobe von heute werden in den nächsten Tagen große Verstärkungen aus Hieroshima abgehen. Aus Shanghai wird der „Times" gemeldet, daß man ein vom Vicekönig von Nangking unterzeichnetes Schriftstück gefunden haben soll, in welchem Belohnungen auf jeden japanischen Kopf ausgesetzt sind.

London, 13. Dez. Dem „Reuterbureau" wird aus Shanghai vom heutigen Tage berichtet: Hier liegt die Meldung vor, daß die 2. japanische Division in einer Gesammtstärke von 25 000 Mann bei Shankaikwan gelandet sein soll mit der Absicht, gegen Peking vorzurücken.

Nach einer Meldung aus Korea hat der japanische Spezialgesandte in Soeul Graf Inouye eine wichtige Konferenz mit dem König gehabt. Die Demission des nach den Vorfällen im Juli vom König ernannten Regenten gilt für wahrscheinlich. — Eine starke Abtheilung der aufständischen Tonghaks wurden von den Japanern bei Kossin geschlagen. Die Tonghaks erlitten große Verluste. Zwei ihrer Führer wurden getödtet.

Yokohama, 13. Dez. Meldung des „Reuterbureau". Eine Abtheilung der zweiten japanischen Armee besetzte widerstandslos Futschu im Norden von Port Arthur. Die Chinesen zogen sich in der Richtung von Niutschwang zurück

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Breslau, 12. Dez. (Schlußkurse.) Abgeschwächt.

Neue 3proz. Reichsanleihe 95,20, 3½proz. L.-Pfandbr. 101,55, Konsol. Türken 25,85, Türk. Loose 111,00, 4proz. ung. Goldrente 101,00, Bresl. Diskontobank 106,70, Breslauer Wechslerbank 103,20, Kreditaktien 238,00, Schles. Bankverein 117,00, Donnersmarckhütte 112,50, Flöther Maschinenbau — —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 137,50, Oberschles. Eisenbahn 74,00, Oberschles. Portland-Zement 100,00, Schles. Zement 168,50, Oppeln. Cement 116,40 Kramsta 129,00, Schles. Zinkaktien 191,00, Laurahütte 123,00 Verein. Oelfabr. 85,00, Oesterreich. Banknoten 163,90, Russ. Banknoten 221,35, Giesel. Cement 98,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 94,95, Breslauer elektrische Straßenbahn 168,00, Caro Hegenscheidt Aktien 84,50, Deutsche Kleinbahnen 103,50.

London, 12. Dez. (Schlußkurse.) Matt.

Engl. 2¾proz. Consols 102 15/16, Preuß. 4proz. Consols —,—, Italien. 5proz. Rente 86⅜, Lombarden 9¼, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 102⅜, konv. Türken 25⅜, österr. Silberr. —,—, österr. Goldrente —,—, 4proz. ungar. Goldrente 101¼, 4prozent. Spanier 73⅝, 3½proz. Egypter 100½, 4proz. unifiz. Egypter 102⅝, 3proz. Tribut-Anl. 98, 6proz. Mexikaner 70¼, Ottomanbank 16⅝, Canada Pacific 59⅜, De Beers neue 18⅜, Rio Tinto 15, 4proz. Rupees 55, 6proz. fund. arg. A. 71, 5proz. arg. Goldanleihe 67½, 4½proz. äuß. do. 40½, 3proz. Reichsanl. 94⅛, Griech. 81er Anleihe 31½, do. 87er Monopol-Anl. 33, 4proz. Griechen 1889er 26, Bras. 89er Anl. 75¼, 5proz. Western de Min. 79⅞, Platzdiskont ⅞, Silber 27⅜.

Buenos-Ayres, 11. Dez. Goldagio 264,00.

Bremen, 12. Dez. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse), ruhig. Loko 5,35 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 29¼ Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middling loko —, Dezember-Januar-Abladung 34.

Wolle. Umsatz: 65 Ballen.

Tabak. Umsatz: 32 Faß Scrubs, 7 Faß Virginy, 20 Faß Stengel, 18 Faß Bay.

Hamburg, 12. Dez. (Schlußbericht.) Kaffee. Good average Santos per Dez. 71¼, per März 68¾, per Mai 67¾, per Sept. 66½. Behauptet.

Hamburg, 12. Dez. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Dezember 8,65, per März 9,97½, per Mai 9,15, per August 9,37½. Flau.

Paris, 12. Dez. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Prozent loko 24,75. Weißer Zucker behpt., Nr. 3 per 100 Kilo per Dez. 25,62½, p. Januar 25,87½, per Jan.-April 26,12½, p. März-Juni 26,50.

Paris, 12. Dez. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 18,55, per Januar 18,55, per Januar-April 18,60, per März-Juni 18,75. — Roggen ruhig, per Dezember 11,30, per März-Juni 11,85. — Mehl ruhig, per Dezember 41,50, per Januar 41,90, per Jan.-April 42,20, per März-Juni 42,30. — Rüböl ruhig, per Dezember 48,00, per Januar 48,00, per Januar-April 48,00, per März-Juni 47,25. — Spiritus ruhig, per Dezbr. 34,25, per Januar 34,75, per Jan.-April 34,75, per Mai-August 34,75. Wetter: Kalt.

Havre, 12. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Baisse. Rio 3000 Sack, Santos 24 000 Sack Recettes für gestern.

Havre, 12. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per Dezbr. 90,50, per März 85,50, per Mai 84,25. Ruhig.

Antwerpen, 11. Dezember. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 12. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 13 bez. 13⅛ Br., per Dezbr. 13⅛ Br., per Januar-März 13⅜ Br., per September-Dezember 13¾ Br. Fest.

Amsterdam, 12. Dez. Bancazinn 39¼.

Amsterdam, 12. Dez. Java-Kaffee good ordinary 51.

Amsterdam, 12. Dez. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per März —, per Mai —. — Roggen loko unverändert, do. auf Termine etwas höher, per März 98, per Mai —. Rüböl loko 21⅞, per Mai 21⅝, per Herbst 21¾.

London, 12. Dez. An der Küste 1 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Milde.

London, 12. Dez. Chili-Kupfer 41, per 3 Monat 41⅜.

Glasgow, 12. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 4½ d.

Leith, 12. Dez. Getreidemarkt. Markt flau bei geringer Preisveränderung und durchgehendem kleinem Geschäft.

Liverpool, 12. Dez., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ball. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Dezember-Januar 3 1/64, Januar-Februar 3 1/64, Februar-März 3 1/32, März-April 3 3/64, April-Mai 3 1/16, Mai-Juni 3 3/32, Juni-Juli 3 7/64, Juli-August 3 9/64 d. Alles Käuferpreise.

Newyork, 11. Dez. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 7 283 093 Dollars gegen 7 434 337 Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 11. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 5⅝, do. in New-Orleans 5 5/16. — Petroleum träge, do. in New-York 5,45, do. in Philadelphia 5,40, do. rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Dez. 89½. — Schmalz Western steam 7,15, do. Rohe und Brothers 7,40. — Mais stetig, per Dezember 54½, do. per Januar 53⅛, do. per Mai 53¾. — Weizen stetig, Rother Winterweizen 63, do. Weizen p. Dez. 60½, do. Weizen per Januar 60⅜, do. Weizen Februar 61¾, do. Weizen p. Mai 63½. Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 16, do. Rio Nr. 7 p. Januar 13,50, do. Rio Nr. 7 per März 12,95. — Mehl, Spring clears 2,55. — Zucker 2⅞. — Kupfer 9,70.

Chicago, 11. Dez. Weizen behauptet, per Dez. 55, per Mai 59⅝. Mais behauptet, per Dez. 46⅞. Speck short clear nom. Pork per Dez. 11,77½.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 13. Dez. Wetter: Frost.

Newyork, 12. Dez. Weizen p. Dezember 60⅝, Jan 61 C.

Berliner Produktenmarkt vom 12. Dezember.

Wind: O., früh — 4 Gr. Reaum., 764 Mm. — Wetter: Frost.

Die etwas festere Haltung, welche die amerikanischen Märkte gestern hervorgekehrt haben, ist, trotz der im Uebrigen durchaus nicht anregenden auswärtigen Berichte, für unseren Markt doch Anlaß genug gewesen, um für Weizen sowohl, wie für Roggen auf höhere Forderungen zu halten, und bei dem beschränkten Verkehr, wie er hier gegenwärtig ist, hat die heute wieder etwas mehr bemerkbar gewesene Kauflust sich in jene auch fügen müssen. Der Schluß ist für ersteren Artikel gut 1 Mark, für letzteren etwa ¾ Mark besser als gestern. Dagegen ist Hafer ziemlich unverändert geblieben; nur Mai-Lieferung notirt eine Kleinigkeit besser. Gek.: Weizen 50 To., Roggen 200 To.

Roggenmehl hat sich um 5—10 Pf. erholt.

Rüböl weist auch heute keine Aenderung auf, während Spiritus in etwas schwächerer Haltung verkehrte. Gekündigt 90 000 Liter.

Weizen loko 120—140 M. nach Qualität gefordert Dezbr. 135,50—135,25—135,75 M. bez., Mai 140—139,75—140,25 M. bez.

Roggen loko 112—117 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 114,50—115 M. ab Bahn bez., Dez. 115—115,50 M. bez., Mai 119,25—119—119,50 M. bez.

Mais loko 112—132 M. nach Qualität gefordert, Dezember 112,75 M. nom., Mai 113,00 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 92—175 M. nach Qualität gefordert.

Hafer loko 106—140 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel und guter ost- und westpreußischer 113—125 Mark, do pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 113—125 Mark, schlesischer 113—125 Mark, feiner schlesischer, preußischer, mecklenburgischer und pommerscher 126—130 M. ab Bahn bez., ordinärer inländischer 108,00—112,00 M. ab Bahn bez., Dezbr. 117,25 bis 117,50 M. bez., Mai 115,50 M. bez.

Erbsen Kochwaare 138—165 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 116—129 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 150—190 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,00—16,50 Mark bez., Nr. 0 und 1: 15,00—13,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Dezbr. 15,85 M. bez., Januar 15,95 M. bez., Februar 16,00 M. bez., Mai 16,15 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 42,5 Mk. bez., Dezbr. 43,2 M. bez., Mai 44,1 M. bez.

Petroleum loko 19,40 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 52,3 M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,5 Mk. bez., Dezbr. 37—36,9 M. bez., April 38,1—37,9 M. bez., Mai 38,4—38,2—38,4—38,2 M. bez., Juni 38,7—38,6 M. bez., Juli 39—38,9 M. bez., September 39,8 bis 39,6 M. bez.

Kartoffelmehl Dez. 17,00 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Dez. 17,00 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 135,00 M. p. 1000 Kilo, für Roggen auf 115,50 M. p. 1000 Kilo, für Mais auf 112,75 M. per 1000 Kilo, für Spiritus (70er mit Faß) auf 36,90 M. per 10 000 Ltr. (N. 8.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Setrling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franc, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskonto Wechsel v. 12. Dez.

Amsterdam	2½	8 T.	168,85 bz
London	2	8 T.	$20{,}40^{5}$ bz
Paris	2½	8 T.	81,20 B.
Wien	4	8 T.	163,90 bzG.
Italien. Pl.	5½	10 T.	76,00 bz
Petersburg	4½	3 W.	220,50 bz
Warschau	4½	8 T.	220,50 bz

in Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1½ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,35 G.
20 Francs-Stück	16,20 bz
Gold-Dollars	$4{,}18^{25}$ G.
Amerik. Not. 1 Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,39 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,15 bz
Oestr. Noten 100 fl.	163,95 bz
Russ. Noten 100 R.	221,45 bz
Russ. Not. ult. Dec.	221,50 bz
do. do. do. Jan.	221,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,80 bzG.
do. do.	3½	104,00 G.
do. do.	3	95,00 bzG.
Prss. cons. Anl.	4	105,60 G.
do. do.	3½	104,20 B.
do. do.	3	95,10 G.
Sts.-Anl. 1868	4	
Sts.-Schld-Sch	3½	100,70 G.
BerlStadt-Obl.	3½	101,40 B.
Ostpr. Prov Anl	3½	101,00 B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	100,90 bzG.
Pos. Stadt-Anl.	3½	101,25 G.
Pfandbriefe: Berliner	4½	111,80 bz
do.	4	107,25 G.
do.	3½	102,75 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	102,00 G.
Kur. u. Neu-mrk. neue	3½	101,00 G.
do.	4	101,90 G.
Ostpreuss	3½	101,10 bzB.
Pommer.	3½	101,70 G.
do.	4	
Posensch.	4	102,70 G.
do.	3½	101,10 bz
Schls. ldschl Lt. A	3½	101,40 bz
do.	4	
do. neu do.	3½	101,40 bz
do. do. C.	4	
Wstp. Rittr	3½	101,50 bz
do. neul. II.	3½	101,50 bz
Renten: Pommer.	4	104,90 bz
Posensch.	4	104,90 bz
Posensch.	3½	101,00 G.
Preuss.	4	104,90 bz
Schles.	4	104,90 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,30 G.
Bayer. Anleihe	4	106,60 B.
Brem. A. 1892	3½	101,60 bzG.
Hmb. Sts.-Rent	3½	103,50 bz
do. do. 1886	3	93,50 bzB.
do. amort. Anl.	3½	101,50 G.
Meklenb. Anl.	3½	102,20 bzG.
Sächs. Sts-Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	94,40 bz

Loospapiere.

Bad. Präm.-Anl	4	141,75 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	145,80 bz
Brnsch. 20 T. L.	—	104,25 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Finnische L.	—	56,25 bz
Freiburger L.	—	28,25 G.
Ham. 50 T.-L.	3	131,75 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	128,90 G.
Köln-M. Pr.-A.	3½	135,60 G.
Mail. 45 Lire L.	—	38,70 bz
Mail. 10 Lire L.	—	14,00 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	24,75 G.
Oest. 1864er L	—	326,75 G.
do. 1858er L	—	333,70 B.
do. 1854er L	4	155,25 bz
do. 1860er L	5	153,30 bz
Oldenb. Loose	3	126,25 bz
Raab-Gratzer L.	2½	97,00 bz
Russ. 1864 Pr.	5	166,75 bz
do. 1866 Pr.	5	152,30 G.
Türkenloose	—	110,10 bz
Ung. Pr. Loose	—	265,50 bz
Venet. Loose	—	24,50 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	50,70 bz
do. 1888	4½	40,75 G.
Bukar. Stadt-A.	5	97,30 bzG.
Buen. Air. Obl.	5	33,25 bz
Chines. Anl.	5½	102,50 bzB.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	100,30 bzB.
Griech. Gold-A	5	34,25 G.
do. cons. Gold	4	27,10 G.
do. Monop-Anl.	4	35,60 G.
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	5	85,70 bz
do. amort.-Rt.	5	79,40 G.
Mexikan. Anl.	6	71,75 bz
do. neue 90er Anleihe	6	69,80 bzB.
do. 5% E.-B.-A.	5	56,00 G.
Oest. G.-Rent.	4	101,80 bzB.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. I/I Silb.-Rt.	4⅕	96,50 bzB.
do. A/O do.		
Poln. Pfandbr.	4½	68,25 bzG.
do. Liq.-Pf.-Br	4	
Port. A88—89	—	36,50 bzB.
do. Tabak-Anl.	4½	84,60 bz
Röm. Stadt-A.	4	86,10 G.
do. II. III. VI.	4	81,90 bzG.
Rum. Staats-A.	4	83,60 bz
do. Rente 90	4	84,50 bzG.
do. do. fund	5	102,60 G.
do. do. amort.	5	96,80 G.
do. do. 92	5	96,80 bzG.
Rss. cs. 1880 A.	4	101,50 bzB.
do. Gd. 1889 A.	4	
do. do. 1890 A.	4	101,90 bzG.
do. cs. E.-B.-O.	4	
Russ 4 2 Staatsrente v. 1894	4	65,50 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	114,60 B.
do. neue	4½	103,50 bz
Schwedische	3½	100,50 bz
Schw. d. 1890	3½	101,00 bzG.
do. 1883	4	102,30 bzG.
Serb. Gld-Pfdb	5	81,75 B.
do. Rente 84	5	76,40 bzG.
do. neue 85	5	76,20 bzG.
Span. Schuld.	4	73,40 G.
TürkA. 1865 C.	1	28,85 G.
do. do. D.	1	25,75 bzG.
do. Administr.	5	99,10 bz
do. Consol. 90	4	
Ung. Gld-Rent.	4	101,30 G.
do. Kronen-R.	4	94,80 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	103,40 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2½	74,75 bzG.
Altdamm-Colb	5	114,75 bz
Altenbg.-Zeitz	9,97	
Crefelder	3	84,75 bzG.
Crefld-Uerdng	5	109,90 bz
Dortm.-Ensch.	4¾	141,90 bz
Eutin. Lübeck	1½	51,50 bzG.
Frnkf.-Güterb.	2	84,25 bz
Halberst Blank	5½	118,50 G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅔	241,50 bz
Lübeck-Büch	6	148,75 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	118,60 bzG.
Marnb.-Mlawk.	1	81,10 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,80 bz
Ostpr. Südb.	0	91,25 bz
Saalbahn	0	29,30 bz
Stargrd-Posen	4½	102,75 bzG.
Weimar-Gera	0	12,10 bzB.
Werrabahn	1,15	61,50 bzG.
Aussig-Teplitz	24	349,00 G.
Böhm. Nordb.	7	
do. Westb.	8	
Brünn. Lokalb.	5½	106,80 G.
Buschtherader	10½	
Dux-Bodenb	4¼	130,40 G.
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflsch.	6	
Kaschau-Od	4	
Lemberg-Cz	7	
Oester Staatsb	5⅗	158,75 bz
do. Lokalb.	4¾	101,75 bzG.
do. Nordw.	5	
do. Lit. B. Elb.	5⅔	131,25 bzG.
Raab-Oedenb.	¾	28,60 bzG.
Reichenb.-P	4⅜	
Südöstr. (Lb.)	⅘	44,10 bz
Ungar.-Galiz.	0	
Balt. Eisenb.	0	68,90 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	0	
Kursk-Kiew	12,50	
Mosco-Brest	3	74,60 G.
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	70,40 bz
Wrsch.-Teres.	5	113,00 bzB.
Wrsch.-Wien.	17½	240,50 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	2½	
Canada-Pacif.	5	57,80 bz
Gotthardbahn	7	183,00 bzB.
Ital. Mittelm.	5⅖	92,75 bz
Ital. Merid.-Bah	6⅗	122,50 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	30,50 bzG.
Lux. Pr. Henri	3	99,10 bzG.
Schweiz. Centr	5	132,90 bz
do. Nordost	5,6	126,20 bz
do. Unionb.	3½	93,30 bz
Westsicilian.	3	57,90 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	5	
Bresl.-Warsch	1½	64 80 G.
Dortm.-Gron.	4¾	141,00 bz
Paul.-Neu-Rup	5½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	6	
Marienb Mlawk	5	119,60 bz
Mecklb. Südb.	—	
Ostpr. Südb.	4½	117,70 bz
Saalbahn	4½	109,00 bzG.
Weimar-Gera	4	93,90 B.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	160,00 G.
Mainz-Ludwh.	4	
do. do.	3½	
Nordd. Lloyd	4	100,90 G.
Oberschl.	3½	101,10 G.
do. (StargPos)	4	102,00 B.
Ostp. Südbahn	4½	111,90 bzG.
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,20 bz
Dux-Bodenb. I.	5	104,00 B.
Dux-Prag G-Pr	5	
do. 1891	4	
Franz.-Josefb.	4	96,40 G.
GalK. Ludwigsbahn 1890	4	95,80 bzG.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	101,60 bzG.
KronpRudolfb.	4	96,10 G.
do. Salzkammg	4	102,60 G.
LmbCzern. stfr	4	94,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	91,80 G.
do. Staats-I. II.	5	111,80 bz
do. Gold-Prio.	4	102,90 bzG.
do. Lokalbahn	4	102,00 G.
do. Nordwestb.	5	107,25 G.
do. NdwB. G-Pr	5	110,50 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Südöst-B. (Lb.)	3	68,30 bzB.
do. Obligation.	5	106,90 B.
do. Gold-Prior.	4	
Ung Eis-B. G-A.	4½	
do. do. S.-A.	4½	99,60 G.
Baltische gar.	5	150,00 bzG.
Brest-Grajewo	5	
Gr. Rss. Eis. gar	3	
Ivang.-Dom. g.	4½	105,10 G.
Kozl.-Wor. g.	4	100,10 bzbz
do. 1889	4	100,25 bz
Ku.-CharAs(O)	4	99,90 bz
do. (Ob) 1889	4	102,25 bz.
Kur-Kiew conv	4	100,70 bzB.
Losowo-Seb.	5	
Mosco-Jarosl.	5	
do. Kursk g.	4	96,60 bz
do. Rjäsan g.	4	100,70 bzG.
do. Smolen. g.	5	102,25 ba
Orel-Griasy c.	4	
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozl. g.	4	101,10 bzG.
Rjäsan-Uralsk-Obligat.	4	100,00 bzG.
Rjaschk-Mor. g	5	101,10 bzG.
Rybinsk-Bol.	5	101,00 bz
Südwestb. gar.	4	101,50 bzG.
Transkauk. g.	3	
War.-Ter. g.	5	102,40 G.
War.-Wienn.	4	103,10 G.
Wladikaw. O. g	4	101,20 G.
Zarskoe-Selo	5	99,25 G.
Anat. Gold-Obl	5	93,10 bzG.
Gotthardb. cv.	4	101,75 G.
Sicilian. Gld.-P	4	81,25 G.
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisb.-Obl.	3	51,90 bzB.
Italien. Mittelm.	4	86,30 bzG.
Macedonier	3	61,50 bzG.
Oeste de Minas	5	78,10 bzB.
Portugies. Obl.	—	62,20 bzG.
Sardinische Obl.	4	71,40 G.
Süd-Ital. Bahn	3	55,90 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	72,50 bzG.
do. Lit. B.	5	70,25 bzG.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	99,10 bzG.
Northern Pac. I.	6	111,70 G.
do. do. II.	6	86,40 G.
do. do. III.	6	
do. do.	5	30,25 G.
San Louis Franc.	6	103,00 G.
San Louis Franc.	5	90,50 G.
do. do. West.	4	61,00 bzG.
Southern Pacific	6	107,10 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	117,40 bz
do. do. II.	3½	113,90 bz
do. III. IV. abg.	3½	
do. do. V. abg.	3½	99,75 bzG.
Dsch. Gr. K. VI.	4	104,00 G.
do. do. VII.	4	104,50 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,50 G.
do. do.	4	102,90 B.
do. do.	3½	100,00 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,50 G.
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	104,25 bz
do. do. (rz 100)	3½	99,50 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,70 B.
do. 42 bis 1900 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	104,40 bzG.
Pomm. Hypoth.-Akt. do. 42 bis 1904 unkb. Hyp.-Pfdbr.	4	104,50 bzG.
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,25 G.
Pomm. Hyp. V. VI.	4	103,10 bzG.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,25 G.
Pf. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	108,50 G.
do. do. (rz 115)	4,5	115,75 G.
do. do. X. (rz 110)	4,5	112,25 G.
do. do. (rz 100)	4	101,20 G.
Pr. Cent.-P. (rz 100)	4	100,25 G.
do. do. (rz 100)	3,5	100,00 bzG.
do. do. kündb. 1900	4	104,70 G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O.	3,5	100,00 bzG.
Pr. Hyp.-B. I. (rz 120)	4,5	99,90 bzG.
do. do. VI. (rz 110)	5	
do. div. Ser. (rz 100)	3,5	100.00 bzG.
do. do. (rz 100)	4	
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4	102,25 bzG.
do. do. do.	3,5	99,75 bzG.
Preuss. Hyp.-V.	4	101,50 G.
Sch. Bod.-Cr. b. 1903	4	103,10 G.
Schles. B. Cr. (rz 100)	4	105,10 G.
do. do. (rz 100)	3,5	89,60 G.
Stettin. Nat. Hyp.-Cr.		
do. do. (rz 110)	4,5	108,25 G.
do. do. (rz 110)	4	
do. do. (rz 100)	4	102,00 bzG.

Bankpapiere.

Bank f. Rheinl.	6	
B. f. Sprit-Prod. H	4¼	71,00 bzG.
Berl. Cassenver.	5½	126,30 G.
do. Handelsges.	5	15[illegible],50 bz
do. Maklerver.	7½	121,25 G.
do. Prod.-Hdbk.		
Börsen-Hdlsver.	8	134,00 bzG.
Bresl. Disc.-Bk.	5	106,60 bz
do. Wechslerbk.	5	103,10 G.
Danz. Privatbank	9	141,50 G.
Darmstädter Bk.	5¼	
do. do. Zettel	4½	
Deutsche Bank	8	171,25 bz
do. Genossensch	5	115,00 bzG.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	126,30 G.
Disc.-Command.	6	208,50 bz
Dresdener Bank	5½	153,40 bz
Gothaer Grundcreditbank	3½	108,10 bzG.
Königsb. Ver.-Bk	4½	102,10 G.
Leipziger Credit	8	192,80 bzB.
Magdeb. Priv.-Bk	6	111,80 G.
Maklerbank	6½	109,80 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	151,00 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	122,50 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	104,00 bzG.
Nationalbk. f. D.	4½	128,10 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	108,40 bzG.
Oester. Credit-A.	11⅞	137,60 bzG.
Petersb. Disc.-Bk	11⅕	
do. intern. Bk.	12	
Pomm. Vorz.-Akt	6	121,00 G.
Posen. Prov.-Bk.	5½	108,50 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	141,00 bzB.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	170,[illegible]0 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	125,50 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	5⅗	115,75 G.
Rh.-Westf.-Bank	3	102,00 bzG.
Reichsbank	7,53	159,30 bz
Russische Bank	8	118,75 bz
Schaffhaus.-Bk.	6	134,50 bzG.
Schles. Bankver.	5	117,00 B.
Warsch. Comerz	10⅖	
do. Disconto	9½	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	—	205,60 bzG.
Bauges. Berl.-Charl.	—	809,00 bz
do Neust.	—	85,30 bzG.
Hann.-St. P.	3½	79,00 B.
Humbldth.	6	
Kurfürst	—	1264,00 bz
Moabit	7	140,00 G.
Passage	4	89,00 bzG.
Weissens.	—	712,00 G.
Berl. Elekt.-W.	10½	207,75 bzG.
Berl. Holzcomt.	4	99,90 bz
Berl. Lagerhof	0	88,75 bz
do. do. St.-Pr.	5	117,10 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	45,90 bz
Berl. Bock-Br.	4	123,50 bzG.
Königstd. Br.	5	118,25 bzG.
Landré Br.	10½	195,75 bzG.
Münch. V.-Br	3	121,25 bzG.
Patzenhofer Br.	16	27[illegible],00 bz
Schultheiss-Br.	12	242,00 bzG.
Bresl. Oelw.	4	85,00 bzB.
do. Sprit-A.-G.	6⅔	116,50 G.
Brodfabrik	3	
Butzke Metall	4	167,50 bz
Chem. Fab. Milch	10	144,75 B.
Ch. F. Anglo. G.	9	131,90 bz
Ch. F. Leopoldsh.	3½	93,00 bzG.
do. St. Pr.	5	123,00 G.
Ch. F. Oranienb.	—	82,00 B.
Ch. F. Union	8	131,25 bz
Danziger Oel	0	93,00 bzB.
do. St. Pr.	10	108,25 G.
Dtsch. Thonröhr	6	141,75 bz
Dynamit Trust	10	148,10 bzG.
Egestorff. Salz	8½	141,25 bz
Gummi Har Wien	20	288,00 B.
do. Schwanitz	12½	189,00 G.
do. Voigt Winde	8	138,00 G.
Masch.- u. Eisenb.-Bedarfsanst.: Anhalter	—	40,50 G.
Berl. Anh.	7	131,80 bzG.
Bresl. Lnk	7½	160,25 bzG.
do. Hofm.	5	131,60 bz
Chemnitz	6	117,25 G.
Floether	7	113,75 bz
Germ. V.-Akt.	4½	88,75 bz
Görlitz Körn.	10	160,25 bzG.
Görl. Lüdr.	8	153,00 bzG.
H. Pauksch	3	91,00 B.
Lud. Löwe	18	356,00 bzG.
Pomm. cv.	4	8[illegible],25 bzG.
Schwarzk.	12½	236,00 bz
Stett.-Vlk.-B.	7½	126,00 bzB.
Stett. St. Pr.	7½	139,9[illegible] bzG.
Sudenburg	10	228,[illegible]0 bzG.
Ob.-Schl. Portl.-Cement	2½	99,90 bz
Oppeln. Cem.-F.	4½	116,25 bz
do. (Giesel)	2	98,25 B.
Bresl. Pferde-Bn	7	148,00 bzG.
do. Elektr. Bahn	4,7	
Charlottenburg.	—	122,65 bz
Gr. Berl. Pferdeb.	12½	273,50 bzG.
Posen. Sprit-F.	7	
Sächs. Kamg.	3⅔	80,40 G.
Hb. Pakf. Tr.-G.	0	87,90 bz
Nordd. Lloyd Transp.-G.	3	92,40 bz
Fraust. Zucker	12	94,90 bz
Glauz. Zucker	6½	98,50 G.

Bergwerks- u. Hüttenges.

Berzelius	9	119,70 bz
Boch. Gussstahl	4½	138,60 bzB.
Bonifacius	—	91,90 bz
Concordia	4	118,80 bz
Consolidation	8	17[illegible],80 bz
Courl. Bgw.	—	84,00 bzG.
Dannenbaum	3	103,75 bzG.
Donnersmarck	0	
do. cv.	6	111,90 bz
Dtm. Union P. A.	—	57,00 bzG.
Eschweiler	3	122,00 bzG.
Gelsenkirchen	6	168,00 bz
Hörder Bergw.	0	[illegible] 6,00 bzB.
Hugo Bgw.	7	167,00 bzG.
Inowracl. Salz	1	47,75 bzG.
Kölner Bgw.	5	150,60 G.
König u. Laura	4	122,60 bz
do. P. A.		
Lauchham. cv.	4⅓	82,00 G.
do conv.	5½	110,10 G.
Louis. Tief. St.-P.	0	57,10 B.
do. P. A.	0	89,00 B.
Marienh. Ktz.	1	51,[illegible]0 bzG.
Oberschl. Bed.	2½	73,60 bzG.
do. Eisen-Ind.	3½	84,10 bzG.
Phönix. Lit. A.	6	132,90 G.
Pluto	5	135,25 bzG.
do. St. P.-A.	5	
Redenh. St.-Pr.	—	10,60 G.
Lit. A.	—	29,25 G.
Rh. Anthr. Nassau	—	79,00 bzG.
Riebeck Wk.	10	169,40 bzB.
Schl. Zinkhütte	14	189,80 bz
do. do. St.-Pr.	14	
Stolb. Zink-H.	—	34,70 bz
do. St.-Pr.	5	107,00 bzB.
Tarnowitz L. A.	—	46,50 bz
Westf. Un. cv.	6	100,50 G.
do. Pr.	12	160,25 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen